

Streiflichter

Autor(en): **Bovet, E.**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Wissen und Leben**

Band (Jahr): **20 (1918)**

PDF erstellt am: **06.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-749802>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

STREIFLICHTER

I

DIE MILCH

Wer hätte es vor dem Kriege je geglaubt? Im Lande der Hirten ist die Milch so rar geworden, dass darob sogar die Vollmachten des Bundesrates ihre Wirkung einbüßen. Daneben erleben wir noch andere Wunder: auf der einen Seite geht die radikale *Revue* von Lausanne Arm in Arm mit dem liberalen *Journal de Genève* und sogar mit dem *Berner Tagblatt*; auf der andern Seite protestieren zusammen *Bund*, *Neue Zürcher Zeitung*, *Neue Zürcher Nachrichten* und alle sozialdemokratischen Organe. Die altüberlieferte Diskretion ist verschwunden; früher erfuhr man bloß so im Vertrauen das Verhältnis der Stimmen im Bundesrat; heute stehen die Namen in jeder Zeitung: Décoppet, Motta, Ador gegen Müller, Schulthess, Haab; Stichentscheid des Bundespräsidenten für die Ersteren. Auf beiden Seiten schwere persönliche Angriffe, Aufforderungen und Ultimatus. So gebärdet sich die älteste Demokratie, die Friedensinsel mitten im Weltkrieg.

Nur eins ist dasselbe geblieben: der vollständige Mangel an Aufklärung von Seiten der Behörden. Der einfache Bürger, der nicht in die Geheimnisse der Vertrauensmänner eingeweiht ist, der findet in den Zeitungen Behauptung gegen Behauptung, nirgends aber eine sachliche und vollständige Darstellung der Tatsachen, und er wird Mühe haben, sich zu erklären, wie der Sturm auf einmal losbrach. Die Berichte über die Verhandlungen im Nationalrat sind ja meistens so dürftig, so fahl, und die Diskussion selbst scheint so wenig aufrichtig gewesen zu sein! Und die Behörde hütet sich so sehr vor dem direkten Kontakt mit dem Volke!

So ist der Schweizerbürger, insofern er sich nicht blind einer Partei verschreibt, auf das Erraten angewiesen. Da wittert er die Taktik der Sozialdemokraten, welche sehr geschickt das Interesse der wenig begüterten Bourgeoisie vertreten; er merkt das Bestreben der freisinnigen Partei, sich von den Sozialisten nicht distanzieren zu lassen, und hinter den finanziellen Argumenten der Gegenpartei entdeckt er die Abneigung der Föderalisten gegen jede dauerhafte Bundessteuer. Hier hätten wir es endlich mit einem Prinzip zu

tun; warum wird es aber immer wieder hinter dem Worte „Demokratie“ verhüllt? In einem Vortrage (auch als Broschüre erschienen), dessen letzter Teil vom *Journal de Genève* sehr gelobt wurde, hat doch Prof. Fleiner klar nachgewiesen, dass die Entwicklung der Demokratie ganz logisch zur *politischen* Zentralisation führt; unabhängig von ihm war Prof. Milliod in der *Bibliothèque universelle* zu demselben Schlusse gelangt. Wie reimt sich nun die viel angerufene Demokratie mit dem hartnäckigen Föderalismus? Und warum wird immer behauptet, die Vereinigten Staaten seien „föderalistisch wie wir“? Nein; ihr Föderalismus ist administrativ; politisch sind sie sehr stark zentralisiert. — Wenn man also in der heutigen „Milchfrage“ die einfache Formel aufstellt: Demokratie gegen Demagogentum, — so ist das eine durchaus schiefe Darstellung.

Der Faktor Demagogentum spielt natürlich auch mit. Charakteristisch für die Situation sind aber links und rechts die Verblendung und die Verwirrung. Der *Grütlianer* vom 10. April hat darüber einen vorzüglichen Artikel (von A. Knellwolf), der die Dinge beim rechten Namen nennt. „Wir bedürfen zum Eintritt ins neue Europa einer *starken* Schweiz. Und diese kann sich nicht den Luxus von 25 + 1 Staats- und Steuerhoheiten leisten.“

Die Sache steht so: seit Jahren sind die Politiker mit vermeintlicher Schlaueit den Grundsätzen aus dem Weg gegangen und haben die wirklich politische Diskussion verlernt. Alle Parteien haben sich die Etikette „liberal“ und „demokratisch“ angehängt, doch sind die Begriffe selbst zu einem Gaukelspiel geworden. Beweis: die skandalöse Art, wie kürzlich die Frage der *neun* Bundesräte besprochen und erledigt wurde. Das Volk wird an seinen Führern irre; wer profitiert davon?

Der administrative Bürokratismus hat die politische Konzentration in Verruf gebracht; und doch liegt sie in unserer Entwicklung. Sollen wir nicht auseinandergehen, so muss sie kommen. Jede große Frage führt uns darauf zurück, so auch die Finanzfrage, die Prof. Großmann im Januar hier so gründlich behandelte. Der Streit um den Milchpreis ist ein Kapitel davon; andere kommen noch.

Ich kümmerge mich gar nicht um bestimmte Persönlichkeiten, um gewisse Regionen, um die Taktik der Parteien, die in Form und Geist alle veraltet sind, um Sprachen und Religionen, nein,

ich denke bloß an das Ganze, denn das Ganze steht auf dem Spiele und nur das Ganze kann die Einzelnen retten. Groß ist die Not, und groß sollen die Gedanken sein, und groß unser Wille. Aus tiefem Herzen liebe ich das heimatliche Gestade am Genfersee, die rührige Stadt an der Limmat; aber: im innersten Gewissen anerkenne ich als Vaterland nur *einen* Staat: die Schweiz. Ihr Leben ist unser Leben; ihre Wirklichkeit ist unsere Wirklichkeit, von der aus unsere Seele sich zu der Menschheit erhebt.

II

BRÜCKENSPRENGUNG

Am 2. April erklärte Graf Czernin in einer Rede: „Herr Clémenceau hat einige Zeit vor Beginn der Westoffensive bei mir angefragt, ob ich zu Verhandlungen bereit sei und auf welcher Basis.“ — Darauf erwiderte Herr Clémenceau: „Graf Czernin hat gelogen.“ — Und nun wird in allen Zeitungen über diesen schroffen Gegensatz Czernin-Clémenceau disputiert, mit besonderem Hinweis auf Besprechungen, die im August 1917 und im Januar-Februar 1918 zwischen dem Grafen Revertera und dem Grafen Armand in Freiburg stattfanden.

Auffallend ist, wie man da, auf beiden Seiten, summarisch und unhistorisch vorgeht. Wie oft ist ja seit Beginn des Krieges der Wunsch ausgesprochen worden, die Gegner sollten doch miteinander reden! Und wie sehr haben sich einige Neutrale bemüht, die Brückenköpfe der Verständigung zu erhalten und zu erweitern! Die Gegner haben in der Tat recht viel miteinander geredet. Bald waren es obskure Makler und Wichtigtuer, bald waren es ehrliche Pazifisten, die gegen die eigene Regierung handelten, oder ganz links stehende Demokraten, oder Katholiken, und bald waren es halb offiziöse oder ganz offiziöse Persönlichkeiten, die „unoffiziell“ miteinander die möglichen Lösungen besprachen, ad referendum. Es waren die verschiedensten Schattierungen da, und wenn auch bis jetzt nichts erreicht wurde, so blieben doch die Brücken erhalten und war immerhin eine Entwicklung festzustellen, die öfters einer Annäherung ähnlich war. Aus der einen Besprechung zwischen A und B ergab sich die andere zwischen C und D, und so weiter.

Wer etwas von dieser stillen Arbeit weiß, der wird sofort Czernins Behauptung als eine Brutalität und eine Entstellung emp-

finden. In den Fällen, die mir genau bekannt sind, ging die Initiative immer von Deutschland oder Österreich aus; das ist auch ganz erklärlich, denn die Zentralmächte sind der Angreifer, der sich bis jetzt im militärischen Vorteil befindet und der doch sein Ziel nicht erreicht hat und immer weniger erreichen kann; er hat das größere Interesse, *jetzt* Besprechungen anzuknüpfen, und kann es tun, ohne sich zu schwächen, während seine Gegner von der Zeit ihren Sieg erwarten. Bei den Zentralmächten gab es überdies nur *eine* wirkliche Leitung: Berlin; bei der Entente drohte immer die Gefahr der Uneinigkeit, sobald man sich vor dem Siege auf wirkliche Verhandlungen eingelassen hätte.

So war denn die Entente, in all den Besprechungen, sehr vorsichtig und zurückhaltend. Wie oft haben Deutsche und Österreicher darüber geklagt, man bringe ihnen nicht genug Vertrauen entgegen! Dieser Mangel an Vertrauen erklärt sich nicht nur aus den oben angedeuteten Gründen, sondern auch, und ganz besonders, aus der Art, wie der Krieg provoziert und gerechtfertigt wurde (*Weißbuch*, belgische „Dokumente“ usw.), wie aus späteren Vorkommnissen (in Amerika und anderswo), die immer wieder das Vorherrschen der militärischen Diplomatie und Moral und die Ohnmacht der liberalen Elemente erwiesen. Die Entente musste fürchten, dass der grüne Tisch zu einer Mäusefalle werde. Brest-Litowsk hat ihr leider Recht gegeben; und nun auch die Rede des Grafen Czernin.

Die Entwicklung, von der oben die Rede war im Sinne einer relativen Annäherung, betraf nämlich speziell das Verhältnis der Entente zu Österreich-Ungarn. Zu Anfang des Krieges, als noch auf beiden Seiten so viele Illusionen die Köpfe beherrschten, da hatte man laut von einer Auflösung der Habsburger Monarchie gesprochen, die beinahe von selbst erfolgen sollte! Als diese Erwartung sich nicht erfüllte, und dennoch eine große Kriegsmüdigkeit in Österreich bemerkbar wurde, da traten ganz andere Faktoren in Wirksamkeit: die Erinnerung an ältere Konstellationen, die katholische Politik, der edle, durchaus moderne Geist des jungen Kaisers. Es ist kein Geheimnis mehr, dass man die Möglichkeit einsah, durch Wien schließlich auch Berlin für einen *wirklichen* Frieden zu gewinnen. Das war besonders in England der Fall; daher die Unruhe in Italien, obschon auch dort ein Weg sich hätte finden lassen. Noch größer die Unruhe in Berlin; sie hat (um den Ausdruck vieler

Österreicher zu gebrauchen) bei der „verfluchten“ Offensive in Italien mitgewirkt, und noch kräftiger bei der letzten Rede des Grafen Czernin...

Diese Rede verfolgte, wie bei allen kriegführenden Staatsmännern, verschiedene Ziele; sie sprechen ja alle zugleich zum eigenen Volke, zu ihren Alliierten und zu ihren Feinden; das lässt sich aber nicht immer glücklich verbinden. Graf Czernin strebte offenbar nach dreierlei: den Österreichern gegenüber wollte er die sehr unangenehme Teilnahme an der Westoffensive rechtfertigen; Berlin gegenüber wollte (musste) er die „Treue an der Donau“ betonen; der Entente wollte er einen Zankapfel zuwerfen. Ob es ihm gelungen sei, die Welt zu überzeugen, dass es zwischen Berlin und Wien keine Meinungsverschiedenheit gibt, und dass ihm „der deutsche Reichskanzler die Antwort an Wilson aus dem Munde genommen hat“, ist sehr fraglich; wir *wissen* ja ganz andere Dinge.¹⁾ Sicher ist, dass er die Völker der Entente noch fester geeinigt hat und dass diejenigen Recht behalten, die ihm nicht trauen wollten. Sicher ist auch, dass er die letzte Brücke gesprengt hat. Wer wird jetzt noch vermitteln wollen, nach einer so indiskreten und brutalen Entstellung?

ZÜRICH, den 10. April 1918

E. BOVET

¹⁾ *Als Nachtrag bei der Korrektur.* Im Momente, wo ich diese Zeilen korrigiere, wird ganz besonders der Brief des Kaisers Karl besprochen, in dem von den „berechtigten Ansprüchen Frankreichs auf Elsaß-Lothringen“ die Rede sein soll. Wien behauptet, diese briefliche Äußerung sei „von Anfang bis Ende erlogen“. Also jeden Tag eine neue Indiskretion, die als eine neue Lüge bezeichnet wird. Czernins Rede hat die Schleuse geöffnet. Clémenceau hat seine Fehler und viele arge Feinde im eigenen Lande; in seiner politischen Tätigkeit, die im Jahre 1870 begann, hat man ihm, meines Wissens, noch nie eine Lüge vorgeworfen; er zeichnet sich im Gegenteil durch rücksichtslose Aufrichtigkeit aus. Ich habe noch andere Gründe, von ganz anderer Seite her, um Clémenceaus Aussage nicht zu bezweifeln. [*Der Brief liegt nun im Texte vor.* 12. April.]

Man sagt weiter, Clémenceau wolle damit die Aufmerksamkeit vom eigentlichen Thema ablenken: Verlängerung des Krieges durch Frankreichs Schuld, wegen Elsaß-Lothringen. So mag auch hierüber eine Andeutung gemacht werden: Offiziell wird immer behauptet, es gebe keine elsass-lothringische Frage; warum hat man denn, gerade in dieser Frage, ziemlich weitgehende Konzessionen in Aussicht gestellt? (Vor zwei Jahren bereits, und dann wieder vor wenigen Wochen). Frankreich ging nie darauf ein, weil es kein Vertrauen hat, weil es keine Sonderpolitik treibt, und weil der Friede nicht von einzelnen Konzessionen abhängt, sondern von einer tiefen Änderung im Geiste der Völker und der Regierungen.

Verantwortlicher Redaktor: Prof. Dr. E. BOVET.
Redaktion und Sekretariat Bleicherweg 13. — Telephon Selnau 47 96.